

Südsudan

Gefangen in der Logik

Zwei Wochen lang war Silja Engelbert, Mitarbeiterin der Don Bosco Mission, im Südsudan. Das ostafrikanische Land leidet unter einem seit Jahren andauernden Bürgerkrieg und einer akuten Hungersnot. Im Don-Bosco-Zentrum in der Hauptstadt Juba befindet sich eines von vielen Flüchtlingslagern des Landes. Nach ihrer Rückkehr war die erfahrene Projektreferentin erschüttert: »Ich selber habe noch nie so viele Waffen in einem Land gesehen. Die Militärs sind meist angetrunken, die Soldaten zu einem großen Teil Jugendliche unter 20 Jahren.«

Rückblick: Im Jahr 2011 wurde der Südsudan als 54. Staat Afrikas unabhängig. Das Land verfügt über reiche Bodenschätze, vor allem über Erdöl und Gold. Anders als viele andere Länder des Kontinents besitzt der Südsudan zudem genügend fruchtbares Ackerland. Gerade darin liegt jedoch die Tragik der gegenwärtigen Situation: Das Land könnte die Kornkammer für die gesamte Region sein, doch der jüngste Staat der Welt ist sechs Jahre nach seinem hoffnungsvollen Aufbruch auch einer der ärmsten. Eine Dürre und vor allem der seit Ende 2013 wütende Bürgerkrieg haben die Landwirtschaft weitgehend zum Erliegen gebracht.

Im Krieg stehen sich die Regierung unter Salva Kiir vom Stamm der Dinka und Rebellen unter dem ehemaligen Vizepräsidenten Riek Machar vom Stamm der Nuer unversöhnlich gegenüber. Auf beiden Seiten kämpfen Veteranen aus dem Unabhängigkeitskrieg; auch in der Regierung und den Ministerien haben vor allem ehemalige Warlords das Sagen. Sie nutzen den Staat als Selbstbedienungsladen und bereichern sich ohne Rücksicht auf die Bevölkerung. Die Kämpfe toben längst nicht mehr nur im Norden, wo sich vor allem die Ölquellen befinden, sondern haben weite Teile des Landes erfasst.

DIE GRÖSSTE FLÜCHTLINGSKRISE AFRIKAS

Rund 100 Volksstämme leben im Südsudan, und es gelingt den Warlords zunehmend, sie gegeneinander auszuspielen. Inzwischen spielt sich hier die größte Flüchtlingskrise Afrikas ab: Die Zahl der Menschen, die vor der

Gewalt in die Nachbarländer Uganda, Kenia und Äthiopien geflüchtet sind, wird auf 1,8 Millionen geschätzt. Nach Angaben von UNICEF sind rund zwei Millionen Kinder aus ihrer Heimat vertrieben, etwa die Hälfte davon innerhalb des Landes. Mitte Mai forderten die Vereinten Nationen 1,4 Milliarden Dollar Hilfsgelder bis Jahresende, um die Flüchtlinge in den Nachbarländern versorgen zu können.

Wie in vielen Regionen Ostafrikas trifft die extreme Dürre auch die Menschen im Südsudan sehr hart. Anfang Mai waren nach UN-Angaben 100.000 Menschen im Südsudan unmittelbar vom Hungertod bedroht, rund sechs Millionen Südsudanesen werden in diesem Jahr auf Nothilfe angewiesen sein. Die Trockenheit ist dabei nicht einmal der ausschlaggebende Faktor: Während Zehntausende hungern, gebe die Regierung mindestens die Hälfte ihrer Einnahmen für Waffen aus, kritisierte der Weltsicherheitsrat vor einigen Wochen. Die Hungersnot ist demnach vor allem auch das Resultat des Krieges und der Waffenkäufe. Ein UN-Waffenembargo scheiterte zuletzt Ende 2016 am Veto Russlands.

WER VERDIENT AM STERBEN IM SÜDSUDAN?

In der südsudanesischen Hauptstadt Juba kämpft der Franziskaner Federico Gandolfi auf der lokalen Ebene gegen Ursachen und Folgen des Bürgerkrieges an. Er und seine Mitbrüder bieten Jugendlichen Workshops für Friedensbildung, Versöhnung und Traumabewältigung.



Federico Gandolfi OFM besucht Freunde



des Krieges

Mehr als 25 Millionen Menschen sind derzeit in Afrika vom Hungertod bedroht. Besonders betroffen sind der Nordosten Nigerias, Südsudan, Somalia, Äthiopien und Kenia. Allein im Südsudan leiden mehr als fünf Millionen Menschen an extremem Hunger. Besonders schlimm ist die Situation für Kinder, schwangere und stillende Frauen sowie für alte Menschen.

»Das Öl ist vielleicht die einzige Einnahmequelle für den Südsudan, aber das Öl ist nicht das Problem. Es ist die Frage, was die Regierung mit dem Geld macht«, betont Bruder Federico. »Und wenn die Regierung Waffen kauft, dann muss es andere Regierungen geben, die Waffen verkaufen. Wo liegt hier die Verantwortung?«

Don-Bosco-Expertin Silja Engelbert sieht das ähnlich: »Auch andere Länder profitieren vom südsudanesischen Öl, sie unterstützen die eine oder andere Seite mit Waffen und sind daran interessiert, dass der Krieg weitergeht – so makaber das klingt. So können die Ressourcen des Landes leichter ausgebeutet werden«, sagt sie. Fachleute gehen davon aus, dass auch Waffenlieferungen mit Option auf zukünftige Bezahlung von Staaten wie Israel, Ägypten, der Ukraine und anderen den Krieg am Laufen halten.

Im Oktober 2016 wurde nahe der Hauptstadt Juba das Zentrum zur Förderung des Friedens und zur Behandlung von Traumata eingeweiht. Am Bau des »Good Shepherd Peace Center« beteiligten sich alle 46 im Südsudan vertretenen Ordensgemeinschaften. Für die Comboni-Missionare wirkte der Deutsche Hans Eigner MCCJ bei der Errichtung

mit. Bruder Hans arbeitet seit 2014 im Südsudan und kennt das Land, seine Menschen und die Probleme wie kaum ein anderer. »Es ist vor allem der Export von Öl in die asiatische Welt, der die Waffenkäufe und den Krieg ermöglicht«, so Bruder Hans. »Nicht zu unterschätzen ist in diesem Zusammenhang auch der Goldabbau im Südosten des Landes.«

DIE REGIERUNG HÄNGT AM ÖL-TROPF

Der Preissturz auf dem Rohölmarkt und die Zerstörungen von Pumpanlagen durch den Krieg haben die Regierung jedoch in finanzielle Schwierigkeiten gebracht. Die Inflation stieg zwischenzeitlich auf 800 Prozent, Beamte und Soldaten konnten nicht mehr bezahlt werden. »Weil die Einnahmen aus dem Ölexport nicht mehr so reichlich fließen, sucht die Regierung nach allen Möglichkeiten, Einnahmen in US-Dollar zu erhalten«, sagt Hans Eigner. Dabei scheint den Machthabern jedes Mittel recht zu sein: Unmittelbar nachdem Ende März erstmals offiziell von einer drohenden Hungerkatastrophe die Rede war, kündigte Präsident Salva Kiir an, die Gebühren für die Arbeitserlaubnis ausländischer Hilfsorganisationen drastisch zu erhöhen. Die weltweite Empörung zwang den Präsidenten, Anfang Mai eine gemäßigte Erhöhung in Aussicht zu stellen. Nichtregierungsorganisationen sollen demnach jährlich »nur« 3.500 US-Dollar statt wie bisher 600 zahlen.

Hans Eigner hat dafür neben der Finanznot des Staates eine weitere Erklärung: »Viele der zahlreichen Nichtregierungsorganisationen im Land helfen den regierungskritischen und regierungsfeindlichen Gruppen, also den ›Falschen‹. So ist es aus der Sicht der Regierung nur logisch, die Gebühren für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter internationaler Hilfswerke zu erhöhen.« Noch hat Präsident Kiir die Ankündigung nicht umgesetzt. Sollte es dazu kommen, würden sich vor allem kleine Organisationen die Gebühren kaum mehr leisten können. Leidtragend wäre einmal mehr die hungernde Bevölkerung.



Bischof Paride Taban (vorne) mit Mitgliedern des von ihm im Jahr 2004 gegründeten Friedensdorfes »Holy Trinity Peace Village Kuron« bei der Feldarbeit. Das Friedensdorf soll nach den Vorstellungen des Bischofs ein Modell für das Zusammenleben der verschiedenen Ethnien im Südsudan sein.

►► www.kuronvillage.net



ANGST UND MISSTRAUEN LÄHMEN DAS LAND

Kirchen und Ordensgemeinschaften müssen zwar keine Gebühren zahlen, werden in ihrer caritativen und sozialen Arbeit aber trotzdem behindert. Weil die sogenannten Rebellen spirituelle und pastorale Tätigkeiten dulden, verdächtigt die Regierung kirchliche Einrichtungen immer wieder der Kooperation mit den Aufständischen. Auch Federico spürt die allgegenwärtige Atmosphäre von Angst und Misstrauen, die das Land lähmt: »Natürlich verurteilen wir die Grausamkeiten, die hier verübt werden. Aber wenn wir die Handlungen von den Menschen trennen, also die Sünde vom Sünder, wird das in diesem Umfeld nicht unbedingt verstanden«, so der Franziskaner. »Wir müssen extrem vorsichtig sein, denn sogar während unserer Gottesdienste sind Leute da, die sich Notizen darüber machen, was wir über die Regierung sagen.«

Hoffnung keimte auf, als Präsident Kiir am 14. Dezember 2016 einen »Nationalen Dialog« ankündigte. Er sollte auf lokaler Ebene beginnen und in einer großen Versöhnungskonferenz münden. Tatsächlich glauben viele Experten im Südsudan, dass nur ein Nationaler Dialog unter neutraler Leitung einen Friedensprozess in Gang bringen könnte. »Wenn es keinen Nationalen Dialog gibt, dann bleibt leider nur der Krieg, um die Vormachtstellung der vor allem vom Stamm der Dinka geführten Regierung einzuschränken. Das wäre die schlechteste Lösung«, sagt beispielsweise Hans Eigner. Doch mangelndes Vertrauen mache inzwischen jeden Dialog fast unmöglich.

Die Regierung tut indes wenig, um Vertrauen aufzubauen: Offenbar um den Anschein von Inklusion zu erwecken, wurden einige namhafte Persönlichkeiten des Landes in das Komitee für den Nationalen Dialog berufen – ohne vorher gefragt worden zu sein. Viele, wie auch Friedensbischof Paride Taban, lehnten dies ab. Sie misstrauen der Clique einstiger Warlords (Kriegsherren) in der Regierung. Außerdem dürften sie an der Neutralität des Gremiums gezweifelt haben, nachdem sich Salva Kiir als »Patron« des Nationalen Dialogs installiert hatte. Dass der Präsident die umstrittene Stellung unlängst wieder aufgegeben hat, dürfte nur wenig helfen. Wie es mit dem Nationalen Dialog weitergehen soll, weiß derzeit niemand.

EIN FUNKEN HOFFNUNG BLEIBT

Obwohl es in Juba seit Anfang des Jahres keine größeren Kampfhandlungen mehr gegeben hat, ist auch die Hauptstadt vom Krieg schwer gezeichnet. Dort hat Bruder Federico die Hoffnung auf Frieden nicht aufgegeben. »Es gibt so viele gute Menschen hier in Südsudan, so dass Gottes Werk für uns alle sehr klar zu erkennen ist. Auch wenn der Krieg sehr vieles zerstört hat, so hat er doch den Glauben und die Hoffnung, dass es eines Tages Frieden geben wird, nicht zerstören können.« ■

ANDRÉ MADAUS (46)
war lange Jahre Redakteur der Zeitschrift Franziskaner.
Heute lebt er als freiberuflicher Journalist in Ingelheim.